



BOTSCHAFTERTREFFEN DER INSM AM 1. JULI 2011 IN BERLIN

**Das ethische Fundament
der Sozialen Marktwirtschaft**

Impulsvortrag von Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Huber



BOTSCHAFTERTREFFEN DER INSM AM 1. JULI 2011 IN BERLIN

Die Stärkung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in Politik und in der öffentlichen Wahrnehmung - das ist das Ziel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Die Botschafterinnen und Botschafter geben der Initiative dabei Gesicht und Stimme. Sie fördern und stärken die tägliche Arbeit der Initiative.



Hubertus Pellengahr

Bei unseren bisherigen Kampagnen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, zur Steuervereinfachung und zur Vollbeschäftigung haben wir Impulse und Ideen für konkrete marktwirtschaftliche Lösungsansätze und Reformen in die Diskussion gebracht. Alle diese Themen verbindet eines: die Soziale Marktwirtschaft. Wir verfolgen das Ziel, dass die Soziale Marktwirtschaft auch nach 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland weiterhin der ordnungspolitische Gradmesser der Wirtschaftspolitik bleibt.

In der vorliegenden Broschüre dokumentieren wir das Botschaftertreffen der INSM vom 1. Juli 2011 in Berlin. Die Rede des früheren Ratspräsidenten der Evangelischen Kirche in Deutschland, Professor Dr. Wolfgang Huber, liefert dabei Denkanstöße zum ethischen Fundament der Sozialen Marktwirtschaft und liefert Ansatzpunkte, in welcher Weise Wirtschaft und Politik für mehr Teilhabechancen und gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen können.

Die Soziale Marktwirtschaft erfordert weiterhin freiheitliches und verantwortliches Denken und Handeln – das Ziel ist dabei eindeutig: ein Ordnungsmodell für unsere Wirtschaft mit ihren Prinzipien: Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialer Ausgleich.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'H. Pellengahr'. The signature is fluid and cursive, written on a white background.

Das ethische Fundament der Sozialen Marktwirtschaft



Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Huber

Rede beim Botschaftertreffen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft am 1. Juli 2011 in Berlin

In dieser kurzen Rede möchte ich eine einfache These vor Ihnen entfalten: Die Soziale Marktwirtschaft beruht auf einem ethischen Fundament; eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft muss deshalb auch eine Vergewisserung über dieses ethische Fundament einschließen.

1

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entwickelte sich nach 1945 insbesondere aus drei Quellen:

- aus dem Ordoliberalismus der Freiburger Schule um Walter Eucken,
- aus der katholischen Soziallehre mit ihren drei Prinzipien der Personalität, der Solidarität und der Subsidiarität,
- aus der evangelischen Sozialethik mit ihrem Prinzip verantworteter Freiheit.

Zwischen der ersten und der dritten Quelle gibt es eine besonders enge Verbindung, die ich kurz in Erinnerung rufen will. Im Oktober 1942 wendet sich Dietrich Bonhoeffer, damals in konspirativer Absicht in der Militärischen Abwehr des Admirals Canaris beschäftigt und in dem Kreis um Hans von Dohnanyi und Hans Oster an Widerstandsplanungen beteiligt, an den Freiburger Kreis um die Nationalökonom Eucken, von Dietze und Lampe – einen Kreis, dem auch der Historiker Gerhard Ritter, der Unternehmer Walter Bauer und der Jurist Erik Wolf mit anderen zusammen angehören – und bittet sie um den Entwurf einer Zukunftsordnung für Deutschland.

Die Denkschrift, die diesen Entwurf enthält, wird bald nach Kriegsende unter dem Titel „In der Stunde Null“ veröffentlicht. In ihr wird das Konzept programmatisch formuliert, dem Alfred Müller-Armack später den Namen „Soziale Marktwirtschaft“ geben wird. „Verantwortete Freiheit“ ist sein Leitprinzip. Dass der Gebrauch individueller Freiheit vor Gott und den Menschen zu verantworten ist, wird unzweideutig ausgesprochen. Verantwortete Freiheit hat die persönliche Lebensführung und damit auch das persönliche Verhalten in der Wirtschaft zu bestimmen, das sich im christlichen Verständnis an der Liebe zu Gott zu orientieren hat. Verantwortete Freiheit hat aber auch die institutionelle Ordnung der Wirtschaft zu prägen.

Ganz unmittelbar im Anschluss an die Zehn Gebote warnt die Freiburger Denkschrift von 1943 vor einer Vergötzung irdischer Güter und Mächte und fordert dazu auf, die einzelnen Menschen in ihrer moralischen wie in ihrer gesundheitlichen Integrität zu achten sowie die menschlichen Gemeinschaften auch dadurch zu fördern, dass sie selbstverantwortliche Verfügungsgewalt über wirtschaftliche Güter erlangen können. In dem so beschriebenen, am Dekalog wie am Doppelgebot der Liebe ausgerichteten Rahmen wird die Entwicklung einer wirtschaftlichen Wettbewerbsordnung skizziert, die aus inneren Notwendigkeiten der Wirtschaft heraus die gebotene Ordnung ist.

Genau an diese protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft hat sich die Denkschrift angeschlossen, in der die Evangelische Kirche in Deutschland 2008 – so hieß der Titel wörtlich – „*Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive*“ beschrieben hat. Das Neue in dieser Denkschrift besteht in der ausdrücklichen ethischen Würdigung unternehmerischen Handelns. Dessen ethische Bedeutung wird darin gesehen, dass Menschen ihre Begabungen, ihre Kreativität und ihre Einsatzbereitschaft in den Dienst des Gemeinwohls stellen; der Wert der dadurch ausgelösten wirtschaftlichen Dynamik wird darin gesehen, dass sie den gesellschaftlichen Wohlstand insgesamt fördert. Freiheit in Verantwortung ist der Leitgedanke, unter dem die Zusammengehörigkeit von Unternehmertum und Sozialer Marktwirtschaft dargestellt wird. Die Finanzmarktkrise tritt in dieser Denkschrift bereits in den Blick. Heute stellt sich die Frage, ob die Kraft dazu besteht, aus solchen Überlegungen Konsequenzen im Geist verantworteter Freiheit zu ziehen, und aus diesem Geist heraus eine Antwort auf die Finanzmarktkrise und ihre offenen Fragen zu geben oder ob der schnelle Übergang zu erneuten und unerwarteten Wachstumsraten dazu führt, dass die systemische Lizenz zu unverantwortlich riskantem Handeln, vor allem durch die Entkoppelung von Risiko und Haftung, aufrecht erhalten bleibt.

2.

Die Finanzmarktkrise der Jahre 2007 bis 2009 hat mich persönlich dazu veranlasst, an einer weiteren Zuspitzung dieser Überlegungen zu arbeiten; der Rat der EKD hat noch unter meinem Vorsitz eine Stellungnahme zu den dadurch aufgeworfenen Problemen erarbeitet, die vor zwei Jahren unter dem Titel veröffentlicht wurde: „*Wie ein Riss in einer hohen Mauer. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise*“. Dort haben wir uns dafür eingesetzt, das klassische Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in der Richtung einer sozial, ökologisch und global verpflichteten Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Dabei ist die Einsicht entscheidend, dass eine so verstandene Marktwirtschaft ein ethisch anspruchsvolles Konzept darstellt. Wörtlich heißt es in dem Dokument: „*Der individuelle Eigennutz, der ein tragendes Strukturelement der Marktwirtschaft ist, kann isoliert zum zerstörerischen Egoismus verkommen. Über die politische und wirtschaftliche Rahmensetzung hinaus ist es eine kulturelle Aufgabe, dem Eigennutz eine gemeinwohlerträgliche Gestalt zu geben. Die Balance zwischen persönlichem Wohlergehen und sozialer und ökologischer Verantwortung geht jeden an.*“

Ich zitiere diese Sätze, weil sie deutlich machen: Die Ethik einer sozialen, nachhaltigen und global verpflichteten Marktwirtschaft hat es nicht nur mit der Notwendigkeit zu tun, dass die richtigen politischen Rahmensetzungen die Balance zwischen wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Ausgleich sowie zwischen wirtschaftlichem Gewinnstreben und Nachhaltigkeit gewährleisten. Vielmehr muss dieses Ziel sich auch in Verhaltenscodices auf Branchen- und Unternehmensebene niederschlagen; diese Balance muss ferner das professionelle Ethos insbesondere von Führungskräften bestimmen. Und es muss zum Inhalt der gesellschaftlichen





BOTSCHAFTERTREFFEN DER INSM AM 1. JULI 2011 IN BERLIN

Debatte werden; es muss Eingang finden in das kulturelle Selbstverständnis unserer Gesellschaft.

Initiativen in dieser Richtung sind im Gang. Über das Verhältnis von Markt und Moral wird wieder öffentlich diskutiert, wie beispielhaft die zehn Thesen des Wirtschaftsrats der CDU, die eine Kommission unter der Leitung von Nikolaus Schweickart erarbeitet hat, zeigen können. Corporate Social Responsibility wird sogar zu einem Thema der internationalen Normungsdebatte. Ein Leitfaden zur gesellschaftlichen Verantwortung wurde von einem internationalen Ausschuss erarbeitet, unter der Nummer ISO 26000 veröffentlicht und unverändert in eine deutsche Norm übernommen. Die Ethik-Debatte hat sogar Branchen erreicht, die bisher als eher ethik-resistent angesehen wurden, beispielsweise die Immobilienwirtschaft oder die Kapitalbeteiligungsgesellschaften. In solchen Klärungsprozessen gewinnt einerseits die Diskussion über Nachhaltigkeit wirtschaftlichen Handelns, die Integrität des wirtschaftlichen Handelns und Entscheidens, ferner die Berücksichtigung aller Stakeholder und darüber hinaus insbesondere die Forderung nach Fairness und Transparenz der Geschäftspraktiken und schließlich die Berücksichtigung gesellschaftlicher Anliegen und Verpflichtungen besondere Bedeutung.

Dergleichen mag in ISO-Dokumenten niedergelegt oder von Branchenverbänden formuliert werden. Entscheidend ist, dass es das alltägliche Leben und Handeln in den einzelnen Unternehmen bestimmt. Das ist auch ganz gewiss in sehr vielen Zusammenhängen und an sehr vielen Orten der Fall. Gleichwohl ist das Vertrauen darauf, dass die Wirtschaft sich der Sozialbindung des Eigentums und den Grundsätzen des ehrbaren Kaufmanns verpflichtet weiß, in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen. Diese Vertrauensbasis kann nicht durch Erklärungen oder Leitbilder allein wiedergewonnen werden. Vertrauen wird nicht durch Reden, das um Vertrauen wirbt, gewonnen, sondern durch Handeln, das Vertrauen verdient. Aber öffentlich wahrnehmbare Selbstverpflichtungen haben dafür eine hohe Bedeutung. Deshalb messe ich einem Prozess erhebliches Gewicht zu, der im vergangenen Jahr durch das Wittenberg-Zentrum für globale Ethik angestoßen worden ist, dessen Kuratorium aus diesem Kreis die Herren Eberhard von Koerber und Nikolaus Schweickart sowie auch ich selbst angehören. Das Wittenberg-Zentrum hat ein „Leitbild für verantwortliches Handeln in der Wirtschaft“ formuliert, in dessen Präambel es heißt:

“Wir wollen dieses Leitbild in unseren Unternehmen fest verankern und uns daran messen lassen. Wir laden alle Unternehmen ein, sich unserer Initiative anzuschließen. Wir wollen hierüber einen intensiven Dialog mit der Gesellschaft führen. Unser Anspruch ist es, mit dem Leitbild sichtbare, alltagstaugliche und überprüfbare Standards verantwortlichen unternehmerischen Handelns zu setzen. Dieses soll im Einklang mit gesellschaftlichen Erwartungen und Werten stehen. Dazu greift das Leitbild auch bestehende Grundsätze und Initiativen von Unternehmen auf.“

Das Leitbild orientiert sich an folgenden Prinzipien:

- Die Wirtschaft muss das Wohl der Menschen fördern.
- Wirtschaften zum Wohl der Menschen erfordert Wettbewerb.
- Wirtschaften zum Wohl der Menschen beruht auf Leistung.
- Wirtschaften zum Wohl der Menschen erfolgt global.

- Wirtschaften zum Wohl der Menschen verlangt Nachhaltigkeit.
- Wirtschaften zum Wohl der Menschen setzt verantwortliches Handeln der Entscheider voraus.

Gewiss haben diese Prinzipien eine Weiterentwicklung verdient; sie enthalten in diesem Sinn noch „Luft nach oben“. Ebenso ist zu wünschen, dass dieser Leitbild-Prozess öffentlich noch mehr Resonanz findet. Doch immerhin wurde dieses Leitbild bisher von 39 Unternehmen unterzeichnet; unter ihnen befindet sich der größte Teil der deutschen DAX-Unternehmen.

3.

Lassen Sie mich zum Schluss einen besonderen Aspekt einer Ethik der Sozialen Marktwirtschaft hervorheben. Zu dieser Ethik, so will ich abschließend unterstreichen, gehört nicht nur der Wille zum Wachstum, sondern auch die Bereitschaft zur Selbstbegrenzung. Diese Selbstbegrenzung bezieht sich einerseits auf die Verfügungsansprüche über die Zukunft, andererseits auf den Geltungsbereich des wirtschaftlichen Wettbewerbsprinzips.

Wirtschaftliches Handeln schließt Zukunftsverantwortung ein. Dass wir mit unserem Handeln „Zukunftsplünderung“ betreiben, mag ein harter Ausdruck sein. Doch dem Gebot der Nachhaltigkeit genügen viele wirtschaftliche Entscheidungen genauso wenig wie viele politische Entscheidungen. Wachsender Energieverbrauch auf der einen Seite, wachsende öffentliche Verschuldung auf der anderen Seite tragen dazu bei, dass wir künftigen Generationen nicht dieselben Freiheitsgrade hinterlassen, die wir selbst für uns in Anspruch nehmen. Carl Christian von Weizsäcker hat im Zusammenhang mit der Stuttgart21-Debatte auf einen wichtigen Unterschied zwischen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen hingewiesen. In politischen Entscheidungsprozessen sind zukunftsrelevante Veränderungen auf Mehrheiten angewiesen; im Marktsystem vollziehen sich Veränderungen anders. Die Wirtschaft ist deshalb innovationsfreudiger als die Politik. Umso genauer muss sie fragen, welche langfristigen Folgen sich aus ihren Innovationen ergeben. Sie kann die eventuell notwendigen Bremsprozesse nicht allein der Politik überlassen. Das zeigt sich am Thema der Finanzmarktregulierungen ebenso wie am Beispiel der Energiewende.

Anwälte, Botschafter und Verfechter einer sozialen, nachhaltigen und global verantworteten Marktwirtschaft müssen heute offenkundig insbesondere werbend für den guten Sinn des wirtschaftlichen Wettbewerbsprinzips eintreten. Sie können das dann am überzeugendsten, wenn sie deutlich machen, dass dieses Prinzip nicht auf alles und jedes angewandt werden kann. Es führt nämlich zu gefährlichen Auswüchsen, wenn das Wettbewerbsprinzip auch dort eingesetzt wird, wo es keine Steuerung durch den Preis gibt. Das ist gegenwärtig insbesondere im Bildungs- und Wissenschaftssystem der Fall. Diese Bereiche brauchen selbstverständlich auch kompetitive Elemente; doch sie im Ganzen nach dem Modell des wirtschaftlichen Wettbewerbs zu organisieren, führt in die Irre. Man kann das exemplarisch auch daran sehen, dass diese Entwicklung im Ergebnis vor allem zu einer Aufblähung des administrativen Aufwands in Lehre und Forschung führt. Ganzheitliche Bildung und innovative Forschung entstehen so nicht.

Die Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft besteht darin, eine Wirtschaftsordnung mit menschlichem Maß zu schaffen. Diese Aufgabe stellt sich jeder Generation neu. Ich halte es für vordringlich, die nachwachsende Generation von Entscheidern dafür zu gewinnen. Deshalb sollte ethische Ausbildung und Fortbildung einen festen Platz im Studium und in der Personalentwicklung von Führungskräften erhalten.

VITA



Quelle: Deutscher Ethikrat

Wolfgang Huber

Professor Dr. Dr. h.c. Wolfgang Huber ist einer der profiliertesten Theologen Deutschlands und betätigt sich als Vordenker in ethischen Fragen.

Er war von 1994 bis 2009 Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Sechs Jahre lang, von 2003 bis 2009, repräsentierte er als Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) die 24,5 Millionen Menschen evangelischen Glaubens in unserem Land. Immer wieder hat er sich in wichtigen gesellschaftlichen Debatten als Vertreter der evangelischen Kirche zu Wort gemeldet, zum Beispiel zur Rolle der Familie, zu Bildungsfragen, zur Bioethik, zum Verhältnis von Christentum und Islam sowie zur Ethik des Unternehmertums. Unter dem Vorsitz von Wolfgang Huber veröffentlichte der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands unter anderem die Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“.

Heute widmet sich Wolfgang Huber vor allem der Wertevermittlung in Wirtschaft und Gesellschaft. Seine Schwerpunkte liegen dabei in den Bereichen Wirtschaftsethik, Bildung und Bioethik. Er arbeitet als Publizist und Theologie-Professor an der Berliner Humboldt-Universität und in Heidelberg. Daneben hat er zahlreiche Ehrenämter inne. So ist er Mitglied im Deutschen Ethikrat.

Wolfgang Huber hält Vorträge und berät ausgewählte Institutionen aus Wirtschaft, Politik, Medien und Gesellschaft sowie Führungskräfte in ethischen, gesellschaftlichen und religiösen Fragen.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft - INSM GmbH
Georgenstraße 22
10117 Berlin

Geschäftsführer:

Hubertus Pellengahr

Leiter Public Affairs:

Marco Mendorf

Kontaktaufnahme:

Telefon: 030 / 27877 - 171
Telefax: 030 / 27877 - 181
E-Mail: info@insm.de

Grafische Gestaltung:

ThorstenAnders.de

Stand:

August 2011

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzungen für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

